

| | |
|---------------------|--|
| Zeitschrift: | Schweizer Erziehungs-Rundschau : Organ für das öffentliche und private Bildungswesen der Schweiz = Revue suisse d'éducation : organe de l'enseignement et de l'éducation publics et privés en Suisse |
| Herausgeber: | Verband Schweizerischer Privatschulen |
| Band: | 51 (1978-1979) |
| Heft: | 8 |
| Artikel: | Staat und Wirtschaft |
| Autor: | Fischer, Otto |
| DOI: | https://doi.org/10.5169/seals-851972 |

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 27.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Haenssler schilderte plastisch die Finanzprobleme der Privatschulen. Einerseits sind die Löhne der Lehrer niedriger als beim Staat, anderseits können die Schulgelder nicht einfach erhöht werden, weil sonst die Privatschule mit der Zeit eine «Schule der Reichen» würde, «was sie heute nicht mehr ist». (Wobei man wohl – wenn diese kritische Bemerkung hier erlaubt ist – von den Internaten absehen muß. Denn wer kann schon 1000 oder mehr Franken pro Monat für die Ausbildung eines Kindes ausgeben?) Trotz aller Schwierigkeiten arbeiten aber die Privatschulen kostengünstiger als der Staat: «Ein auswärtiger Schüler bezahlt im Kanton Bern für den Besuch eines Gymnasiums oder Seminars 8000 Franken Schulgeld pro Jahr. An einer privaten Schule kostet eine entsprechende Ausbildung 5500 bis 6000 Franken.»

Zur Lösung des Finanzproblems wurde in Bern die Forderung aufgestellt, daß Eltern von Privatschülern die Schulgelder von den Steuern abziehen dürfen sollten. Ich frage mich allerdings, ob das der richtige Weg aus dem Dilemma wäre. Denn er würde gerade jene Kinder be-

nachteiligen, die die Förderungsmöglichkeiten einer Privatschule am nötigsten hätten: die Unterschichtkinder. Eltern, die keine oder wenig Steuern bezahlen müssen, ist mit einem solchen Abzug kaum geholfen, wenn sie daneben das volle Schulgeld zu entrichten haben. Und die Stipendien sind längst nicht überall so, daß hier ein Ausgleich stattfinden könnte. Wäre die Idee der «Bildungsgutscheine», die die (staatliche) «Arbeitsgruppe für Zielvorstellungen im Erziehungsessen» des Kantons Baselland kürzlich zur Diskussion gestellt hat, nicht sachgerechter? In diesem Bericht heißt es: «Die Finanzierung der Bildungsinstitutionen erfolgt durch die Benutzer, die vom Staat Bildungsgutscheine erhalten. Jeder Schüler hat Anrecht auf eine Anzahl Bildungsgutscheine, die den durchschnittlichen finanziellen Aufwendungen pro Schüler an Staatsschulen entsprechen.» Mir scheint, solche Gutscheine würden das Problem gleichzeitig freiheitlich, demokratisch und sozial lösen, müßten also eigentlich jeden zufriedenstellen, wo auch immer er politisch steht. Eine wahrhaft «schweizerische Lösung» also ...

werbeverbandes gelungen, die erste Fassung des Konjunkturartikels, die einen unbeschränkten und nicht mehr aufzuhalrenden Staatsinterventionismus in den Wirtschaftsablauf ermöglicht hätte, zu verhindern. Auch beim überrissenen Raumplanungsgesetz sind wir in der Abwehr erfolgreich gewesen, und in beiden Fällen gibt es nun durchaus tragbare Lösungen. Auf andern Gebieten geht die Auseinandersetzung weiter, so im Zusammenhang mit dem Kartellgesetz, wo versucht wird, die Privatwirtschaft entscheidend zu treffen. Ein besonderes Problem sind die Tendenzen auf Schaffung eines Konsumentenartikels, wo ein eigentlicher Durchbruch zum Staatsinterventionismus erfolgen könnte. Das Problem des Privateigentums an Grund und Boden ist durch die gegenwärtige Marktlage verschärft, bleibt aber latent weiter bestehen. Ebenfalls auf dem Gebiete der Mitbestimmung bestehen weiterhin Tendenzen, die Bewegungsfreiheit, die für den Unternehmer so wichtig ist, einzuschränken. Alle Erfahrungen des Auslandes, wo der Staatsinterventionismus grasiert, zeigen, daß es in erster Linie die kleineren und mittleren Betriebe sind, die darunter zu leiden haben, weil sie sich weniger gut wehren können als die Großbetriebe.

Im weiteren Sinne gehören auch die Auseinandersetzungen über das Bildungswesen in diesen Zusammenhang. Von der Wirtschaft aus ist man bereit, das neue Berufsbildungsgesetz zu akzeptieren, trotzdem es den Lehrmeistern zusätzliche Auflagen überbindet. Wenn es die Gewerkschaften zu Fall bringen wollen, bleibt es bei der gegenwärtigen Ordnung, die an sich durchaus genügt. Es ist ja auch nicht die Wirtschaft, die die Revision des Berufsbildungsgesetzes verlangt hat. Das Hochschulgesetz, das am 28. Mai verworfen worden ist, wurde zur Hauptsache aus gewerblichen Kreisen bekämpft. Die neuen Bundessubventionen von Hunderten von Millionen Franken wären nicht nur angesichts der Finanzlage des

Staat und Wirtschaft

Zusammenfassung des Referats von Nationalrat Dr. Otto Fischer, Direktor des Schweizerischen Gewerbeverbandes, am Pädagogischen Kongreß des Verbandes Schweizerischer Privatschulen vom 27./28. Oktober 1978 in Bern.

Nach einem Vierteljahrhundert der Hochkonjunktur befinden sich weite Teile der Wirtschaft heute in einem Wellental. Der Bevölkerungsrückgang, der hohe Frankenkurz und die Finanzmisere der öffentlichen Hand machen alle Zukunftsaussichten unsicher. Positiv zu werten ist demgegenüber die Tatsache, daß die Schweiz im Gegensatz zu andern Ländern weder Arbeitslosigkeit noch Inflation kennt.

Diese gesamthaft gesehen eher ungünstige Lage muß von der Wirtschaft aus selbst gemeistert werden. Es heißt dies, daß es Aufgabe des Unterneh-

mers und seiner Verbände ist, durch Können, Wissen und Selbsthilfe, sowie durch entsprechenden zusätzlichen Einsatz die Durststrecke zu überwinden. Man hat dabei zur Kenntnis zu nehmen, daß der Staat effektiv für die Wirtschaft nichts tun kann. Das einzige was wir von ihm verlangen, ist, daß er durch seine Politik die Lage der Unternehmen nicht noch erschwert. Hier stehen wir nun in einem dauernden Abwehrkampf gegen den Machtan spruch des Staatsapparates, gegen Interventionismus, gegen immer weiter zunehmende Zozialabgaben und Steuern.

Unnötiger Staatsinterventionismus

Es ist dank der entschiedenen Haltung des Schweizerischen Ge-

Bundes untragbar gewesen, sie hätten gleichzeitig eine bildungspolitisch unerwünschte Expansion der Hochschulen mit der damit entstehenden Gleichgewichtsstörung gegenüber den andern Bildungswegen zur Folge gehabt. Dem Bund wäre eine starke Einflußnahme und damit auch Verantwortung beim akademischen Bildungsweg übertragen worden, was in jeder Hinsicht unerwünscht ist. Das Abstimmungsergebnis vom 28. Mai zeigt einmal mehr, daß der Souverän in kritischen Situationen zu Fehlentwicklungen, die durch das Bundeshaus und das Parlament in die Wege geleitet werden möchten, nein sagt. Die direkte Demokratie ist eine der stärksten Garantien für eine vernünftige Politik. Daß diese im Rahmen der Totalrevision der Bundesverfassung in wesentlichen Teilen, vor allem in der Wirtschafts- und Steuerpolitik, aus den Angeln gehoben werden soll, bedeutet deshalb ein Alarmzeichen.

Sozialpolitik im Schleudern

Die Wirtschaft ist gegenüber einer Sozialpolitik, die Härten und die wirtschaftlichen Folgen von Schicksalsschlägen ausgleichen soll, absolut positiv eingestellt. Man ist sich auch darüber klar, daß in unserer modernen industrialisierten Welt staatliche Vorkehren verschiedenster Art zum Ausgleich des gesellschaftlichen Gefälles notwendig sind. Die Sozialpolitik, wie sie bei uns betrieben wird, befaßt sich aber nicht nur mit Fällen, wo es darum geht, wirtschaftlich Schwächeren zu helfen. Sie ist zu einem gigantischen Umwälzsystem geworden, mittels welchem man über Sozialabgaben und Steuern das ganze Volk belastet und dann mittels Sozialleistungen das gleiche Volk wieder alimentiert. Nehmen wir nur das Beispiel der Krankenkassensubventionen, die pro Jahr 43 Franken für Männer und 232 Franken für Frauen ausmachen, Beträge, die für diejenigen, die es nötig haben, völlig ungenügend, für den großen Teil des Volkes aber unnötig und damit unsinnig sind. Den Bund kosten sie

aber Hunderte von Millionen an Steuergeldern. Aehnlich sind die Verhältnisse bei den AHV/IV-Subventionen, den Subventionen an die Tarifannäherung der Transportanstalten, an die Brot- und Butterpreisverbilligung, an die Schüler- und Lehrlingsabonnemente und an vieles andere mehr. Besondere Probleme wird das vorgesehene Obligatorium der 2. Säule aufwerfen, dessen Realisierung gewaltige zusätzliche Belastungen zur Folge haben wird. So sehr deshalb sinnvolle sozialpolitische Maßnahmen zu unterstützen sind, so sehr muß man sich gegen die immer stärker überhandnehmende Pseudosozialpolitik, die zu Mißbräuchen und zu fast nicht mehr tragbaren finanziellen Belastungen der Unternehmungen führt, wenden.

Zentrale Position der Finanzpolitik

Die fiskalische Belastung nimmt ständig zu. Hat im Jahre 1960 die sogenannte Staatsquote, d. h. der Anteil der öffentlichen Körperschaften (Bund, Kantone und Gemeinden) insgesamt 17 % des Volkseinkommens ausgemacht, so sind es heute nahezu 30 % geworden. Die Entwicklung geht Richtung Schweden, wo immer größere Teile des Volkes vom Staat abhängig werden, vom gleichen Staat, den sie vorher finanzieren müssen. Die Macht des Staatsapparates, die sich bei uns in Form von fast 3000 Druckseiten Zunahme der eidgenössischen Gesetzesammlung pro Jahr manifestiert, wird immer größer und die Position der Bürger und der Wirtschaft verschlechtert sich entsprechend. Dazu kommt die direkte Belastung der Unternehmungen durch Steuern, die zu einer Verminderung der Widerstandskraft führt. Die Selbstfinanzierungsmöglichkeiten werden infolge der hohen Steuerabgaben reduziert. Die Wirtschaft kritisiert deshalb die Ausgabenpolitik des Bundes, wo das Geld mit leichter Hand für problematische Dinge aller Art verwendet wird. Nicht einmal die massive Erhöhung des Fehlbetrages der Bilanz des Bundes von

1½ auf 8½ Milliarden Franken in nur 4 Jahren, oder die ständigen Milliardendefizite veranlassen Bundesrat und Parlament zu einer sorgsameren Haushaltsführung. Der neue Finanzplan, der die Grundlage für die zweite Mehrwertsteuervorlage sein soll, hängt völlig in der Luft. Auch bei Annahme der neuen Mehrwertsteuer, würden Defizite von 1½ bis 2 Milliarden Franken verbleiben. Statt sparen soll nach Auffassung des Bundeshauses durch Steuererhöhungen das am 12. Juni 1977 von Volk und Ständen ausdrücklich verworfene Prinzip «steuern statt sparen» bestätigt werden.

*

Die Wirtschaft verlangt keine staatliche Hilfe; sie will sich selbst behaupten. Sie kann aber nur in einer freiheitlichen Atmosphäre leben. Dies erklärt die negative Haltung gegenüber den Staatseingriffen, die sich in ständigem Ausbau befinden und deren Tendenzen durch den Entwurf zu einer Totalrevision der Bundesverfassung unmißverständlich aufgezeigt werden. Die weitgehend zur Pseudosozialpolitik gewordene staatliche Sozialgesetzgebung und die ständig größer werdenden Steuerlasten bedeuten für die Wirtschaft – und für unsere ganze bürgerliche Gesellschaftsordnung – eine zunehmende Gefahr.

Politik ist Schicksal für uns alle. Sie muß deshalb ganzheitlich betrachtet werden, und die Unternehmer, die in einer ausgesprochenen Minderheitsstellung sind, müssen sich stärker als alle anderen Gruppen mit der Politik befassen. «Wer nicht politisiert, mit dem wird politisiert», heißt ein Sprichwort, das heute mehr als je berücksichtigt werden sollte. Die Verantwortung für das Schicksal unseres Landes haben wir alle zu tragen, und es wird deshalb vom Unternehmer und seinen Verbänden nicht nur der Einsatz im Betrieb oder Beruf, sondern auch im politischen Leben verlangt. Wir müssen den Willen, den Mut und die Kraft haben, gegen die gefährlichen politischen Entwicklungen unserer Zeit anzutreten.